

# paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress – Kommunalpolitik – Jugend – Wirtschaft – Kultur. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 502 B

1. Februar 2014

39. Jahrgang

## Ist die Jugendarbeit noch zu retten?

Am 14. Februar 2014, in der Zeit von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr, findet in der Jugendfreizeitstätte Werk 9, Markgrafenstraße 26 in 10117 Berlin, eine Veranstaltung zu dem Thema „Ist die Jugendarbeit noch zu retten?“ statt.

Auf dem Podium werden erwartet: **Sigrid Klebba**, Staatssekretärin für Jugend und Familie, **Angelika Schöttler**, Bürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, **Georg Zinner**, Vorsitzender des Nachbarschaftsheimts Schöneberg. Moderation: **Florian Schwanhäuser**, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses Mitte und Sprecher der Berliner Jugendhilfeausschussvorsitzenden

Statements sind geplant von: **Björn Eggert** (SPD - angefragt), **Susanne Graf** (Piraten - angefragt), **Clara Hermann** (Bündnis 90/Die Grünen - angefragt), **Katrin Möller** (Die Linke) und **Roman Simon** (CDU - angefragt).

Nach den Berechnungen der Jugendhilfeausschussvorsitzenden sind die Ausgaben für die Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII sowie für die Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII im Haushaltsjahr 2013 weiter gesunken. Diese Befürchtung wurde von elf Vorsitzenden der bezirklichen Jugendhilfeausschüsse bereits in einem Brandbrief im Dezember 2012 geäußert. Das damals geforderte Moratorium zur Erarbeitung eines Modells, um zukünftige Mittelzuweisungen an die Bezirke auf eine für die Jugendarbeit bedarfsgemäß auskömmliche und solide Basis zu stellen, wurde vom Gesetzgeber im Haushaltsgesetz für den Doppelhaushalt 2014/2015 wieder nicht berücksichtigt.

Das weitere Absinken von Mitteln für die Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit sowie die Ermittlung eines Preises für die in Frage gestellte Angebotsstunde der Jugendarbeit als Leistungsmenge wurde 2013 in verschiedenen Gremien und Veranstaltungen diskutiert. Mögliche Verfahrensänderungen wurden bereits in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaften erörtert. Darüber hinaus wurde in der Gruppe der Produktmentor/innen, nach Beauftragung durch die Bezirksbürgermeister/innen, an der Fragestellung gearbeitet, inwieweit die Angebotsstunde durch eine andere Mengeneinheit abgelöst werden kann. Ein zweiter Brandbrief von zehn Vorsitzenden der Jugendhilfeausschüsse wurde verfasst.

Die Ausschussvorsitzenden erhoffen sich von der Diskussion, dass die politisch Verantwortlichen die Sorge um die Beschädigung der Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit ernst nehmen und mit ihnen gemeinsam Lösungen für den Erhalt der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit finden.